



**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Per E-Mail an:

triage@sepos.admin.ch

04.02.2026

SP-Stellungnahme zur Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen: Teilrevision der Bundesverfassung sowie der dazugehörigen Gesetzesbestimmungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Pfister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

1. Zusammenfassende Haltung der SP

Die Armee zeigt derzeit grosse strukturelle Probleme, insbesondere beim Schutz vor sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt. Bevor über neue staatsbürgerliche Pflichten für Frauen diskutiert werden kann, muss die Armee ein sicherer Ort für alle werden. Zudem erscheint eine Verfassungsänderung für eine eintägige Informationsveranstaltung unverhältnismässig. Die SP fordert daher zuerst wirksame Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Gleichstellung von Frauen in der Armee, bevor über zusätzliche Pflichten nachgedacht werden kann. Deshalb lehnen wir die Vorlage zum heutigen Zeitpunkt ab.

2. Sicherheit von Frauen in der Armee hat Priorität

Die am 31.10.2024 veröffentlichte Studie der Fachstelle Frauen in der Armee und Diversity zur Diskriminierung und sexualisierten Gewalt in der Armee zeigt ein alarmierendes Lagebild. Gemäss dieser Untersuchung berichten 49.6 Prozent der Befragten von Diskriminierung und 40.1 Prozent von sexualisierter Gewalt; 86.2 Prozent haben Situationen erlebt, die als sexualisierte Gewalt eingestuft werden. Besonders betroffen sind Frauen, aber auch queere Armeean-

gehörige. Die Studie zeigt eine hohe Normalisierung sexistischer und übergriffiger Verhaltensweisen und dokumentiert ein ungenügendes Melde- und Sanktionssystem.

Diese Ergebnisse machen deutlich: Die Armee ist für viele Frauen kein sicherer Ort. Solange Diskriminierung und Gewalt nicht wirksam bekämpft werden, ist es nicht verantwortbar, Frauen per Verfassungsauftrag zu verpflichten, an einer Armee-Veranstaltung teilzunehmen. Die SP fordert daher, dass die Armee zuerst ein wirksames Schutzkonzept vorlegt, das sexualisierte Gewalt und Diskriminierung konsequent bekämpft.

3. Eine neue staatsbürgerliche Pflicht ist verfassungspolitisch unverhältnismässig

Der obligatorische Orientierungstag erfordert eine Änderung der Bundesverfassung und damit eine Volksabstimmung. Für eine eintägige Informationsveranstaltung ist dieser Eingriff unverhältnismässig.

Die SP sieht keinen Grund, weshalb Information und Rekrutierung nicht mit mildereren, effizienteren Massnahmen erreicht werden könnten. Eine konstitutionelle Änderung sollte nicht für ein Instrument eingesetzt werden, das in seiner Wirkung begrenzt und in seinem Zweck eng ist.

4. Keine Vorstufe zu einer Dienstpflicht für Frauen

Die SP hält klar fest, dass diese Vorlage nicht als Einstieg in eine allgemeine Dienstpflicht für Frauen dienen darf. Solche grundlegenden Weichenstellungen bedürfen einer gesamtgesellschaftlichen Debatte und dürfen nicht über einen scheinbar harmlosen Orientierungstag politisch vorgeprägt werden.

Gleichstellung bedeutet nicht, neue Pflichten einzuführen, bevor bestehende Ungleichheiten und Gefährdungen beseitigt sind. Gleichstellung bedeutet zuerst, gleiche Sicherheit und gleiche Chancen zu schaffen.

5. Attraktivität statt Pflicht

Anstatt eine Pflicht einzuführen, soll die Armee die Attraktivität des Diensts für Frauen erhöhen. Dies erfordert ernsthafte Investitionen in eine diskriminierungsfreie Organisationskultur, verbesserte Infrastruktur, familienfreundliche Rahmenbedingungen, moderne Karrieremöglichkeiten und eine klare Nulltoleranzpolitik gegenüber sexualisierter Gewalt. Die Armee muss ein Umfeld schaffen, das Frauen in ihrer Integrität schützt und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Erst wenn Frauen sich sicher und respektiert fühlen, werden sie sich



vermehrt freiwillig für den Dienst entscheiden. Eine Pflicht löst keines dieser strukturellen Probleme.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Severin Meier
Politischer Fachreferent